

Die Wahl, die keine ist

Von Stefan Collignon

27.05.2009

Egal, wer bei den Europawahlen gewinnt: Der konservative Kommissionspräsident Barroso bleibt im Amt. Es ist höchste Zeit, dass die Bürger mehr Einfluss auf eine europäische Regierung bekommen
Von Stefan Collignon

Sie haben die Wahl, verkündet ein Plakat vor dem Europäischen Parlament in Brüssel. Denkste! Bei der Europawahl 2009 haben wir keine Wahl. Der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament hat es nun öffentlich gestanden: Selbst wenn die Sozialdemokraten im nächsten Parlament stärkste Fraktion werden, erheben sie keinen Anspruch auf den Posten des Präsidenten der EU-Kommission. Stattdessen wollen sie den konservativen José Manuel Barroso wählen.

Das ist ehrlich. Wir Bürger wissen jetzt, dass eine Stimme für die europäischen Sozialdemokraten nichts an Europas Politik ändern wird. Sie versprechen uns das Anti-Obama-Programm: „Change we cannot believe in.“

Europa ist in der Krise. Jeder weiß das. Seit Jahren nehmen Populismus, Euroskeptizismus und enttäuschter Zynismus in Europa zu. Ein Referendum nach dem anderen geht verloren. Die Wahlbeteiligung sinkt und wird diesmal wohl ihren historischen Tiefpunkt erreichen. Splitterparteien nehmen den großen Volksparteien die Sitze weg. Warum? Das europäische Einigungsprojekt gründete sich auf ein Versprechen: Frieden, Wohlstand, Demokratie. Dieses Versprechen verliert an Glaubwürdigkeit. Zwar ist der Frieden (noch) gewahrt, aber der Wohlstand scheint bedroht, nicht nur wegen Finanzkrise oder Globalisierung. Nein, Europa selbst scheint zum Agenten für neoliberalen Sozialabbau geworden zu sein.

Kommissionspräsident Barroso ist das Symbol dieser Politik. Er steht für Renationalisierung der Politik, Rückzug der EU-Kommission und Laisser-faire in der Wirtschaftspolitik. Während sich Sozialdemokraten von der Lissabon-Strategie noch eine Erneuerung des europäischen Sozialmodells erhofften, wurde diese Strategie von Barroso 2005 auf ihr strategisches Minimum reduziert: Arbeitsmarkt flexibilisieren, Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Von einer gemeinsamen makroökonomischen Steuerung in der Euro-Zone, einst einer der beiden Hauptpfeiler der Lissabon-Strategie, blieb nichts übrig. Das rächt sich heute, denn die Renationalisierung der Wirtschaftspolitik schlägt in der Krise in Protektionismus um und verhindert eine entschlossene, kraftvolle, moderne Krisenbekämpfung. Angeblich, um die eigenen Steuerzahler zu schützen, kooperieren die Regierungen nicht. Dabei schaden sie aber jedem Bürger in Europa – einschließlich der eigenen Wähler.

Die Art, wie in Europa Politik hinter verschlossenen Türen gemacht wird, wie faule Kompromisse als großartiger Konsens zwischen Regierungen und ihren Völkern verkauft werden, erschüttert das Fundament der Demokratie. Seit Langem wird Europas Demokratiedefizit beklagt. Zu Recht, denn Maßnahmen, die von Regierungen ausgehandelt werden, können von Parlamenten und Bürgern kaum

zurückgenommen oder verändert werden. Regierungen gelten als Souverän; dabei weiß seit der Französischen Revolution jeder, dass der Souverän in einem modernen Staat die Bürger sind, nicht ihre Regierungen. In einer normalen Demokratie beauftragen die Bürger durch Wahlen ihre Regierungen als Agenten, die ihre Wünsche durchsetzen sollen. Tun sie das nicht, können sie abgewählt werden. Regierungen erfüllen bestimmte Funktionen, sie sind nicht für kulturelle Identitäten zuständig. Städte werden vom Gemeinderat regiert, nationale Belange von den Regierungen der Staaten geregelt. Eine europäische Regierung gibt es nicht. Warum sollten die politischen Themen, die alle Bürger Europas betreffen, nicht von einer demokratisch gewählten Kommission verwaltet werden? Wir Bürger sind groß genug, selber zu entscheiden, was für unsere Stadt, unser Land oder für Europa gut ist. Wir müssen dafür nicht durch unsere Regierungen bevormundet werden.

Es ist also kein Wunder, dass das Misstrauen gegen Europa wächst. Analysen haben gezeigt, dass in den meisten gescheiterten Referenden der letzten Jahre die Neinwähler Angst hatten, ihre demokratischen Kontrollrechte zu verlieren. Die Welt hat sich verändert. Wandel, dem wir vertrauen könnten, müsste den Bürgern mehr Rechte geben, müsste mehr Demokratie wagen. Der ehemalige Verfassungsvertrag und nun der Lissabon-Vertrag waren Versuche, genau dies zu tun. Sie sind daran gescheitert, dass das Misstrauen gegen Europas Eliten bereits zu sehr um sich gegriffen hat. Und doch wäre die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags ein notwendiger Schritt zu mehr Demokratie. Aber er ist nicht hinreichend.

Demokratie lebt von der Kontroverse. Parteien müssen Alternativen bieten, Debatten mobilisieren. Dann hätten Bürger die Möglichkeit, ihre politischen Rechte tatsächlich wahrzunehmen. Die Wahl des nächsten Europaparlaments am 7. Juni wäre die Gelegenheit, mehr Demokratie zu wagen. Sozialdemokraten und Europäische Volkspartei (in der sich die Christdemokraten finden) hätten Spitzenkandidaten benennen können, mit dem Versprechen, sie zum Kommissionspräsidenten zu wählen, wenn sie eine Mehrheit fänden. Zwar sagt der Vertrag von Nizza, der Europäische Rat schläge den Präsidenten vor, und das Parlament müsse zustimmen. Aber was könnte der Rat schon tun, wenn das Parlament seinem Vorschlag nicht zustimmt?

Demokratie ist möglich in Europa. Man muss sie nur wollen. Unsere Europapolitiker scheinen jedoch nur ein Motto zu kennen: „Störe meine Kreise nicht.“ Ihr gebt uns die Stimme, wir kungeln die Posten aus. Schade. Europa ist zu wichtig, als dass wir es Politikern von gestern überlassen dürften. Aber haben wir die Wahl?